

KLIMAPOLITIK WIDERSTAND IN DEN USA GEGEN KLIMASCHUTZ-MASSNAHMEN

Al Gores Wahrheit bleibt weiter eine unangenehme

Die Warnungen des früheren Vizepräsidenten Al Gore prallen in den USA immer wieder an den Interessen der Industrie ab, während er selbst als „Carbon Billionaire“ diffamiert wird. Einzig Kalifornien setzt Zeichen.

Sandra Pfeifer aus New York

Im Wettlauf gegen die Zeit scheint US-Präsident Barack Obama konkrete Maßnahmen zum Thema Klima erst einmal taktisch bis zur anstehenden Wahl auf Eis zu legen. Al Gore hat indes einen Vortrag zur Erderwärmung durch das Medienevent *24 Hours of Reality* 24 Stunden lang wiederholt in 13 Sprachen ausgestrahlt. Schon Anfang der 1990er forderte er in seinem Marshall-Plan ein rasches Umdenken sowie Entwicklung angemessener Technologien. Seine Gegner nahmen dies zum Anlass, den ehemaligen Vizepräsidenten als „Carbon Billionaire“ zu beschimpfen, der mit

tels getürkter Daten Panikmache rei zugunsten seiner eigenen Geschäftsinteressen im Alternativenergiesektor betreibe. Dessen ungeachtet hat er mit seinem Dokumentarfilm *An Inconvenient Truth* (2006) in den USA beachtliche Aufklärungsarbeit geleistet. Ein Jahr später hat der vierte Sachstandsbericht der UN Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) die Aussicht bestätigt. Die Freisetzung von Emissionen ist zwischen 1970 und 2004 um rund 80 Prozent gestiegen.

Das scheint die USA, neben China der weltweite Spitzenländer, nicht zu beunruhigen. Im Gegenteil: Erst unlängst hat der Präsident wohl das traurigste Zeichen in seiner Amtszeit gesetzt, als er sich gegen die Festsetzung eines strikteren Standards zur Smogverringerung ausgesprochen hat. Wieder einmal wurde der Industriellobby nachgegeben. Enttäuschten Wählern wird dies, wenngleich nicht ganz zu Unrecht, mit der Sorge um ihren Arbeitsplatz kommuniziert. Aus republikanischen Zirkeln wird laut, dass es sich die „USA nicht leisten kann, für die ganze Welt den Thermostat herunterzudrehen“.



Smog über Los Angeles. Jetzt gibt das neue Emissionshandelsrecht „Cap and Trade“ Hoffnung. Es ist bereits ratifiziert – tritt aber erst 2013 in Kraft. Foto: Reuters

Es sieht sich in seinen wirtschaftlichen Methoden, die schnellen Profit bringen müssen, gefangen. Investitionen in nachhaltige Techniken, die sich erst in 20 Jahren amortisieren, sind wie die sprichwörtliche Taube auf dem Dach. Mit dem Fehlen einer festgelegten Emissionsobergrenze, die unter anderem das Kioto-Protokoll vorsieht, unterbindet die Regierung jedoch das Bemühen einzelner williger Großkonzerne. Ein vielversprechendes Projekt der American Electric Power, ein Kohlekraftwerk mit einem teuren Versuchstank auszustatten, wurde wegen fehlender Subventionen eingestellt. Der Energieversorger experimentierte seit ein paar Jah-

ren mit einem Verfahren, das bisher ungefähr zwei Prozent (rund 37.000 metrische Tonnen) des freigesetzten Kohlendioxids mittels gekühlten Ammoniums tief in unterirdischen Gesteinsschichten lagert. Mit einer vollen Inbetriebnahme der Anlage wurde ab 2015 gerechnet. Ein weiteres Argument war auch die Sorge um die 35-prozentige Erhöhung des Energiepreises für den Endverbraucher. Eine Harvard-Studie belegt indes, dass ein ausgereiftes System die Kosten pro Kilowattstunde von einem anfänglichen Maximum von zwölf auf fünf Cent reduziert. Nun will das Unternehmen durch neue Absatzmärkte dessen wirtschaftliche Fähigkeit unter Beweis stellen,

um mehr Unterstützung auf seine Seite zu bekommen. In den Runden der Klimaschützer wird viel hin- und herdiskutiert; Auf dem *Yale360*-Blog etwa über Technologien, die CO₂ aus der Atmosphäre saugen – aber Lösungen zur Bekämpfung der Ursache ausklammern. Einzig und allein das von jeher bekannt progressive Kalifornien setzt Schritte für notwendige Langfristziele. Ende letzten Monats ratifiziert, setzte es als erster Bundesstaat mit 2013 einen „Cap and Trade“-Emissionsrechtehandel in Kraft. Das gibt Hoffnung für einzelne andere Bundesstaaten, in denen regional bereits Handelssysteme und Kohlendioxidsteuern umgesetzt wurden.

CARBON TAX AUSTRALIEN SAGT KOHLEKRAFTWERKEN DEN KAMPF AN

Umweltschutz als Spielball der australischen Politik

Ab Juli 2012 werden die 500 größten australischen Klimasünder zur Kasse gebeten. Die „Kohlesteuer“ hat den Umweltschutz zum Ziel, ist aber auch ein Resultat politischer Deals. Rohstoffkonzerne fürchten um ihre Rekordgewinne.

David Krutzler

Perth – Sieben Euro für ein Bier in einem stinknormalen Pub? Zwölf Euro für eine Pizza? Vierzehn Euro für eine Packung Zigaretten? Zugegeben, die Rauchwaren sind in ganz Australien verglichen mit Österreich derart teuer. Aber mit den Preisen in Restaurants und Lokalen oder auch bei Mieten hat das westaustralische Perth die Metropolen Sydney, Melbourne und Brisbane längst überholt. Mit ein Grund für die Preissteigerungen ist auch die Rohstoffindustrie. Westaustralien ist mit seinen Bodenschätzen der reichste Bundesstaat des Kontinents. Über 90 Prozent der australischen Erzförderung stammen von hier. Die unzähligen Minen und die Nachfrage nach Kohle, Eisenerz oder Gold schaffen Arbeitsplätze, frage nicht. Bis zu 90.000 zusätzliche Minenarbeiter werden laut Prognosen bis 2020 benötigt, um der Nachfrage gerecht zu werden. Und diese werden mit jährlichen Gehältern jenseits 120.000 Aus-



In Australien werden zuhauf Bodenschätze gewonnen. Kohleminen wie hier in Coppabella in Queensland müssen ab 2012 auch zum Zwecke des Umweltschutzes Steuern abführen. Foto: Reuters

tralischer Dollar (88.000 Euro) geködert. Mit den hohen Preisen im abgelegenen Westaustralien haben die Minenarbeiter, die sich als neue Arbeiterklasse etabliert hat, kein Problem. Just die Rohstoffunternehmen, die diese Rekordgehälter zahlen können und die diesbezüglich verarbeitende Industrie fürchten jetzt um ihre Rekordgewinne. Eine Minensteuer könnte nach erfolgreicher Abstimmung im Unterhaus des Parlaments am vergangenen Mittwoch Anfang 2012 beschlossen werden. Gewinne aus dem Abbau von Eisenerz und Koh-

le sollen mit 30 Prozent besteuert werden, das Geld soll in Pensionsrücklagen der Arbeiter und anderen Wirtschaftssektoren wie dem Tourismus umverteilt werden. Schon am 8. November wurde von der Oberkammer des Parlaments ein Gesetz zur Einführung einer Abgabe auf Kohlendioxidemissionen verabschiedet. Die „Carbon Tax“ gilt ab 1. Juli 2012 und bittet die 500 größten Umweltschmutzer des Landes, allen voran Kohle- und Aluminiumproduzenten, zur Kasse. Pro Tonne CO₂ werden 23 Australische Dollar (rund 17 Euro) fällig.

Pro Jahr steigt diese Abgabe bis 2015 um 2,5 Prozent, ehe der Markt den Preis regeln soll und Unternehmen mit CO₂-Zertifikaten handeln können. Geplant ist eine Anbindung an Neuseeland und Europa. Die Einnahmen sollen den Ausbau erneuerbarer Energiequellen mit 7,48 Milliarden Euro fördern, zudem wird es Steuererleichterungen für Familien und Wenigverdienende geben. Während Oppositionsführer Tony Abbott mit der Carbon Tax und der Minensteuer den Verlust tausender Arbeitsplätze fürchtet, ist für Premierministerin Julia Gil-

lard das neue CO₂-Gesetz eine historische Entscheidung für den Umweltschutz. Für den pensionierten Wissenschaftler Andrew Greene ist das Gesetz hingegen „ein kompliziertes Resultat von politischen Sorgen und Bedenken um die Umwelt“, sagte der Geophysiker dem STANDARD. In Australien gilt Umweltschutz als Spielball der Politik. 2007 gewann die sozialdemokratische Labor Party mit Kevin Rudd die Wahl gegen die konservative Regierung von John Howard. Im Wahlkampf hatte Rudd die Einführung eines Emissionshandels-Systems gefordert. 2010 musste Rudd zurücktreten und machte Gillard Platz, die mit der Aussage punktete: „Unter einer Regierung, die ich leite, wird es keine Kohlesteuer geben.“ Politische Zustände Gillard wurde zur ersten Premierministerin Australiens – in einer Minderheitsregierung. Um sich die Unterstützung der Grünen und unabhängiger Parlamentarier zu sichern, legte Gillard das Umweltschutzgesetz vor. Der Konservative Abbott kündigte bereits an, bei erfolgreichen Wahlen 2013 die Kohlesteuer zurückzunehmen. Australien ist einer der größten CO₂-Emittenten pro Kopf weltweit. 80 Prozent des Stroms werden aus umweltschädlichen Kohlekraftwerken gewonnen. Die neue Steuer soll die Emissionen bis 2020 um 160 Millionen Tonnen jährlich reduzieren – so viel CO₂, wie der Verkehr auf Deutschlands Straßen im Jahr ausstößt.

WIR HABEN DAS RAD NICHT NEU ERFUNDEN. ABER SO ZIEMLICH ALLES RUND HERUM.
RENAULT ZERO EMISSION: 100% ELEKTRISCH. 0% EMISSION.



DER WEG IN EINE SAUBERE ZUKUNFT BEGINNT ANFANG 2012! Schon bald sind die ersten Renault Elektrofahrzeuge auf Österreichs Straßen unterwegs, schließlich liegt der Einstiegspreis bei günstigen € 6.990,-! Und durch die revolutionäre Preispolitik der Batteriemiete ab nur € 50,-/Monat wird der Schritt zum emissionsfreien Fahrzeug für wirklich jeden leistbar. Nähere Informationen auf www.renault-z6.at *Während der Fahrt, Verschleißteile ausgenommen. Änderungen, Satz- und Druckfehler vorbehalten. Symbolfoto.

